



Bundesamt für Flüchtlinge  
 Office fédéral des réfugiés  
 Ufficio federale dei rifugiati

3003 Bern, 29. April 1991

Aer/geh

777.5/0.1

**Protokoll des Treffens mit Botschafter J. Pecenović und Botschaftsrat P. Jankovič, Botschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, vom 26. April 1991**

---

Teilnehmer: Botschafter Jovan Pecenović, Botschaftsrat Pero Jankovič,  
 Botschafter Rudolf Weiersmüller (EDA)  
 Peter Arbenz, Gottfried Zürcher, Suzanne Auer (BFF)

Ort: Bundeshaus West, Zimmer 240, Bern

Zeit: 15.00 Uhr bis 15.50 Uhr

Begrüssung und Vorstellung der Anwesenden durch Herrn Weiersmüller.

Arbenz: Die Anzahl der Asylgesuchsteller jugoslawischer Herkunft ist in den vergangenen Monaten dramatisch angestiegen. 1990 gingen rund 5'600 neue Asylgesuche ein, in den ersten Monaten 1991 rund 3'500. Derzeit sind ca. 8'000 Gesuche pendent. Zahlreiche der Gesuchsteller sind Arbeitssuchende, zahlreiche ehemalige Saisoniers, die in der Folge ein Asylgesuch einreichen. Oft kommen Asylbewerber und Gastarbeiter aus den gleichen Dörfern. Wir verfolgen ferner die politische Situation in Jugoslawien mit Sorge. Auf diesem Hintergrund wäre ein Treffen einer Schweizer Delegation mit den zuständigen jugoslawischen Stellen in Belgrad zwecks Meinungs austausch erwünscht.

Auer: 90 % der jugoslawischen Asylbewerber sind Kosovo-Albaner, ca. 5 % Roma, ca. 5 % stammen aus anderen Republiken.

Zürcher: Die Schweiz stellt für Jugoslawien das zweitwichtigste Immigrationsland dar. Die Asylgesuche werden mehrheitlich mit der Menschenrechtssituation in Kosovo moti-



viert. Dass solche Menschenrechtsverletzungen tatsächlich vorkommen, kompliziert unsere Arbeit, da jeder Fall einzeln geprüft werden muss. Probleme erwachsen uns ferner aus dem Umstand, dass Gesuchsteller auch nach einem negativen Asylentscheid und mehreren Jahren Aufenthalts in der Schweiz trotzdem in unserem Land bleiben können. Jugoslawien ist für die Schweiz nicht nur Herkunftsland von Arbeitsemigranten, sondern einer der grössten "Produzenten" von Asylbewerbern, indem gegenwärtig fast 30 % aller Gesuchsteller jugoslawischer Herkunft sind.

Pecenović: Mit 200'000 Jugoslawen in der Schweiz könnte man schon beinahe von einer nationalen Minderheit sprechen. Die Asylbewerber kommen vor allem deswegen in die Schweiz, weil unser Land das Saisonierstatut kennt, was sonst in keinem anderen europäischen Land existiert. Die Mehrheit der Gesuchsteller sieht infolgedessen eine Chance auf dauernden Aufenthalt in einer Asylgesuchstellung. Wenn die Gesuchsteller erklären, die Menschenrechte würden in Jugoslawien verletzt, so sind das reine Behauptungen. Ihre tatsächlichen Motive sind von blosser ökonomischer Natur. Dabei ist zu bedenken, dass jeder 20. Jugoslawe ausserhalb seines Heimatlandes lebt. Wenn im übrigen die jugoslawische Regierung die Menschenrechte verletzen würde, liesse man die Menschen nicht so leicht ausreisen. In den letzten Jahren gab es einige wenige echte Flüchtlinge, aber inzwischen sind die Gesetzesartikel, die verbale Delikte ahndeten, abgeschafft worden; der Strafbestand des Verbaldelikts existiert nicht mehr.

(Anmerkung der Protokollführerin: Zwar wurde im August 1990 der Art. 133 Abs. 1 juStGB, der systemkritische Äusserungen ahndete, revidiert; nach wie vor bilden aber die sog. Staatsschutzartikel - insbesondere Art. 114, 116, 131, 133, 134, 136, 157 sowie einige andere Artikel des juStGB die Grundlage für zahlreiche Verurteilungen. Alle diese Artikel sind extrem weit gefasst, so dass ihrer Auslegung kaum Grenzen gesetzt sind.)

Sogar in Kosovo existieren politische Parteien, selbst solche, die offen die Separation fordern, und solche, die eine Föderation mit Albanien propagieren. Das alles ist kein Verbrechen mehr.

Wie überall gibt es auch in Jugoslawien Verbrecher, die mit Gewalt gegen die Konstitution vorgehen wollen, Waffen- und Drogenhändler, terroristische Organisationen. Gewisse Gesuchsteller sind sicher auch mit solchen Krisen liiert, insbesondere mit Waffen- und Drogenhandel.

In Jugoslawien gibt es aber absolut keinen Grund, um irgendwo aus politischer Motivation ein Asylgesuch zu stellen. Der Straftatbestand des Verbaldelikts ist nicht mehr existent,

politische Aktivitäten müssen nicht mehr im Geheimen ausgeübt werden. Die Situation ist insofern fast identisch mit derjenigen in der Schweiz und im übrigen Europa.

Schwierig ist es zwar mit den Autonomiebestrebungen in Kosovo; die Aufhebung des Autonomiestatus und der Umstand, dass die Nationalversammlung von Kosovo keine Rechte mehr hat, führte zu vielen politischen Konfrontationen zwischen den Parteien in Kosovo und der serbischen Regierung. Diese Probleme sind jedoch mittels Dialog lösbar.

In Jugoslawien gibt es keine Verfolgung, keinen politischen Terror. Asylgesuche werden aus rein ökonomischen Gründen gestellt und zum Zweck, Familienangehörige von Menschen, die schon länger in der Schweiz leben, nachzuziehen.

Die hohe Anzahl von Asylgesuchen macht einen Meinungsaustausch und eine Lösungsfindung nötig. Jugoslawien ist ein extrem offenes Land. 21 Mio. seiner Bürger überschreiten jährlich die Grenzen. Visumpflicht besteht nunmehr mit wenigen Ländern. Jugoslawien ist zudem ein Transitland für den nahen Osten, woraus ein gewisser Druck von seiten Italiens resultiert. Mit Bürgern der östlichen Nachbarn hat Jugoslawien ähnliche Probleme wie die Schweiz mit den Jugoslawen, indem viele dieser Leute nach Jugoslawien kommen, um Handel zu treiben und Devisen zu tauschen, um so ihren Lebensstandard zu verbessern.

In Jugoslawien existiert keine politische Repression, die die Asylbewerberflut erklären würde. Jedermann kann seine politische Meinung frei äussern. Es gibt indessen Terroristen und Drogenhändler.

Ein Treffen von Schweizer Repräsentanten mit den zuständigen jugoslawischen Behörden würde von Belgrad sicherlich akzeptiert.

- Arbenz: Gibt es bei der Rückführung abgewiesener Asylbewerber keine Probleme?
- Pecenović: Nein, nur im Falle von Kriminellen.
- Janković: Anlässlich der letzten Konsultation im Konsularbereich wurde klar festgehalten, dass es keine Probleme gibt.
- Pecenović: Auch die Papierbeschaffung ist kein Problem, sie dauert lediglich einige Tage.
- Janković: Eine gewisse Belastung der Beziehungen resultiert aus einigen Einzelfällen, z.B. dem Fall Salihi. Seither gibt es aber keine Zwischenfälle und Verfolgung mehr; nach Jugoslawien zurückkehrende abgewiesene Asylbewerber dürfen keiner Verfol-

gung ausgesetzt werden.

Arbenz: Liegen Informationen über Salihis Prozess vor?

Pecenović: Ich weiss nichts darüber.

(Anmerkung der Protokollführerin: Herr Janković und Herr Pecenović unterhalten sich in Serbisch, wobei Herr Pecenović bemerkt, er wisse zwar nichts über Salihi, aber dieser habe wohl fünf bis sechs Jahre gekriegt; dies übersetzt Herr Janković: Salihi hat zwei Jahre Gefängnis gekriegt und sollte nunmehr entlassen worden sein.)

Arbenz: Wir wären dankbar, wenn wir über diesen Fall informiert werden könnten, da die Oeffentlichkeit häufig darauf anspricht und der Fall die gegenseitigen Beziehungen belastet.

Janković: Das ist zwar verständlich, aber das Gericht hatte eben seine Tatsachen und aufgrund derer ein entsprechendes Urteil gefällt.

Arbenz: Gemäss meinen Informationen soll das Urteil nun revidiert werden.

Pecenović: Ich weiss das nicht, werde mich aber erkundigen.

Im übrigen liegt jetzt im Parlament ein Gesetzesentwurf vor, um Passprobleme neu zu regeln. Jeder Jugoslawe soll neu binnen 15 Tagen einen Pass bekommen können. Die Polizei soll kein Recht mehr haben, Pässe ohne offizielles richterliches Urteil zu konfiszieren. Jugoslawen werden folglich in ihren Asylvorbringen keine Passkonfiskationen mehr vorschützen können.

Arbenz: Kann man, wenn ein Asylbewerber vorbringt, er habe keinen Pass bekommen, weil er in Jugoslawien gesucht werde, diesen Umstand vor Ort abklären?

Pecenović: Ja, wenn ein Prozess im Gange ist.

Arbenz: Wann tritt das neue Passgesetz in Kraft?

Pecenović: Ende Mai, eventuell im Juni.

Weiersmüller: Wir bitten, unseren Wunsch um ein Treffen mit den zuständigen jugoslawischen Stellen - insbesondere dem Innenministerium - nach Belgrad zu übermitteln.

Oft sind auch Recherchen vor Ort für uns notwendig, wozu wir aber eine gewisse Unterstützung jugoslawischerseits bräuchten sowie freien Zugang zu den Instanzen.

Pecenović: Diesbezüglich gibt es keinerlei Hindernisse.

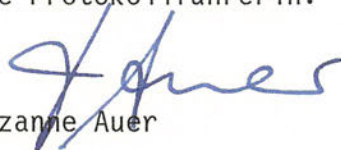
Weiersmüller: Am zweckmässigsten wäre es, unsererseits eine Delegation nach Belgrad zu schicken.

Pecenović: Die jugoslawische Delegation sollte dann Vertreter des Innen-, des Aussen- und eventuell des Justizministeriums umfassen.

Arbenz: Unsererseits würden Herr Weiersmüller vertreten sein sowie Repräsentanten des BFF, eventuell des BFA und des BIGA. Wäre ein Treffen im Sommer möglich?

Pecenović: Mitte/Ende Juni möglicherweise.

Die Protokollführerin:



Suzanne Auer



20.4.91

Kopie an: - A  
- WER  
- Z  
- Aer